

PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **14.09.2018**, um 19:00 Uhr, auf dem Apostelplatz zwischen Rathaus und Apostelkirche anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Büchler, Ruth
Ergler, Volker
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Kempf, Bastian
Kruhmann, Torben
Ringhof, Martin
Scheidel, Jörg
Schübeler, Norbert
Werle, Richard
Winkler, Christoph

Stv.-Vorsteher

SPD-Fraktion

Atris, Hussein
Forg, Klaudia
Häfele, Andreas
Hanf, Alicia
Hofmann, Klaus
Mayer-Kotlenga, Nina
Neuß, Peter
Quarz, Klaus
Rihm, Dieter
Dr. Ritterbusch, Jörn
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian

UBV-Fraktion

Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Sponagel, Irina
Dr. Stülpner, Henrik
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Helbig, Marcella
Klee, Wolfgang
Winkenbach, Manfred
Zöller-Helbig, Helga

FDP-Fraktion

Kammer, Bernhard

WGV-Fraktion

Kempf, Beate
Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Hannah Käser, Engelbert Renner, Tobias Weiße, Rolf Nordmann, Ralf Jünemann, Tugce Sebnem Altinalan sowie Albert Weißenberger.

VOM MAGISTRAT:

Bürgermeister Matthias Baaß
 Erster Stadtrat Jens Bolze
 Stadträtin Hedwig Fraas
 Stadtrat Dieter Gross
 Stadtrat Thomas Klauder
 Stadtrat Helmut Kirchner
 Stadtrat Randoald Reinhardt
 Ehrenstadtrat Heinz Rohrbacher
 Stadtrat Hayrettin Vanli

Entschuldigt fehlten Stadtrat Gerd Brinkmann, Stadträtin Jenny Dieter, Stadtrat Günter Wolk sowie Stadtrat Klaus Ziegler

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Haas, Philipp Hauptamt - **Protokoll** –

VON DER VERWALTUNG:

Fleischer, Michael	Hauptamt
Klein, Volker	Hauptamt, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung
Schneider, Reiner	BVLA
Ewert, Frank	ASU
Ewert, Andrea	Hauptamt
Wunderle, Hermann	Presse- und Informationsstelle
Gutperle, Jörg	Bürgerbüro

VOM AUSLÄNDERBEIRAT:

Erdogan, Nurcan Vertreterin des Ausländerbeirats

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
 Viernheimer Tageblatt

ZUHÖRER:

ca. 150

Φ Φ Φ Φ

Stv.-Vorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Zum Protokoll der Sitzung vom 17.08.2018 wies er auf eine Korrektur hin. Auf Seite 281 müsse es korrekterweise bei der Wortmeldung des Stv. Ralf Kempf heißen: „Er beantragte deshalb, Variante 3 a weiter in die Planungen einzubeziehen.“ statt „Er regte an, Variante 3 a weiter in die Planungen einzubeziehen.“

Es gab keine Einwände gegen diese Korrektur oder das restliche Protokoll. Die Änderung wurde im Original-Protokoll sowie der Online-Version korrigiert.

Zur Tagesordnung gab es einen Antrag der WGV-Fraktion, den Antrag „Bannholzgraben II: Aufnahme Variante 3a in der Prüfung (TOP 6)“ auf die Tagesordnung aufzunehmen. Der Aufnahme stimmte die Stadtverordneten-Versammlung einstimmig zu.

Stadtverordneten-Vorsteher Schübeler hielt zu Beginn der Sitzung folgende Rede:

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Viernheimerinnen und Viernheimer,*

eine Sitzung unter freiem Himmel statt im Ratssaal, eingebettet in den Monat des Ehrenamts – mancher mag sich gefragt haben, warum wir eine solche Veranstaltung durchführen.

Der Monat des Ehrenamts steht in diesem Jahr unter dem Motto „Demokratie heißt mitgestalten“. Und es sind viele Mitmenschen, die sich in unserer Stadt dankenswerterweise bei zahlreichen Gelegenheiten freiwillig und ehrenamtlich einbringen, sei es in Hilfsorganisationen, Vereinen, Institutionen oder Selbsthilfegruppen; sie gestalten unser Gemeinwesen aktiv mit.

Dies gilt nicht zuletzt für das ehrenamtliche Engagement der Stadtverordneten und Stadträte, die mit ihrem Wissen, ihrer Erfahrung und großem Engagement für unsere Stadt und ihre Bürger arbeiten. Sie stellen mit ihren Entscheidungen Weichen für die künftige Entwicklung Viernheims, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung entfalten vor Ort ihre Wirkung.

Und dieses Engagement ist es wert, sich mit der Arbeit der gewählten Vertreter der Bürgerschaft vertrauter zu machen. Die heutige Tagesordnung zeigt die unterschiedlichen Facetten unserer Arbeit: die Aufstellung eines Bebauungsplanes, Richtlinien zur Bürgerbeteiligung, Honoraranpassung bei der Volkshochschule sowie Anträge zur Verkehrsberuhigung, zur Verbesserung digitaler Dienstleistungen und zur Berichterstattung über bedeutende Projekte.

Ergänzend stellen Schautafeln die aktuellen Stadtverordneten und Stadträte vor, sie geben zudem einen Überblick über die Rechte und Befugnisse in der Zusammenarbeit von Bürgermeister, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Es ist dieser Rahmen, in dem sich unsere Arbeit bewegt, und daher will ich diese wichtigen Informationen in der gebotenen Kürze zusammenfassen:

Die Stadtverordneten-Versammlung ist das oberste Organ der Stadt und trägt die rechtliche und politische Verantwortung dafür, wie die Geschicke der Stadt gelenkt werden sollen. Sie trifft die wichtigen und grundlegenden Entscheidungen.

Zu ihren Aufgaben gehört u.a. die Verabschiedung von Satzungen, die Festsetzung kommunaler Steuern und Gebühren, Fragen der Stadtentwicklung mit z.B. Bebauungsplänen, Angelegenheiten der Vereins- und Jugendförderung u.ä. Nicht zuletzt obliegt ihr die Festlegung der zur Abwicklung der laufenden Geschäfte und Investitionen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

So hat die Stadtverordnetenversammlung beispielsweise entschieden, dass das Waldschwimmbad saniert wurde, während es dann Aufgabe des Magistrats war, diesen Beschluss auszuführen und die entsprechenden Aufträge an die Firmen zu vergeben.

Die Vorberatungen und Vorbereitungen der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung finden in den Ausschüssen statt. Sie beraten über die nach Aufgabenkatalogen zugewiesenen Angelegenheiten und sprechen Empfehlungen für dann in der Stadtverordnetenversammlung endgültig zu treffende Entscheidungen aus bzw. beschließen über die ihnen zur abschließenden Entscheidung übertragenen Angelegenheiten

Derzeit sind nachfolgende Ausschüsse tätig:

- *Haupt- und Finanzausschuss (Wirtschaftsförderung)*

- Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen (Stadtentwicklung, Agenda 21)
- Sozial- und Kulturausschuss (Integration, Sport, Bildung, Jugend und Familie)
- Planungsausschuss Rathaus

Der Bürgermeister dagegen ist Leiter der Stadtverwaltung und damit Dienstvorgesetzter aller Beamten und Beschäftigten der Stadt Viernheim. Er leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang der Verwaltung und hat für einen geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte zu sorgen.

Gleichzeitig ist der Bürgermeister auch Vorsitzender des Magistrats und der Kommissionen, er ist deren Sprecher in Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen. Er repräsentiert die Stadt bei besonderen Anlässen.

Der Magistrat ist die Verwaltungsbehörde der Stadt und zuständig für die zu treffenden Entscheidungen für die laufende Verwaltung.

Hierzu gehören zum Beispiel Personalentscheidungen, Grundstücks-geschäfte, Auftragsvergaben an Firmen für Bauarbeiten, Reparaturen oder Neuanschaffungen. Angelegenheiten, für die aufgrund ihrer Bedeutung ein Ausschuss oder die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidungskompetenz hat, werden zunächst im Magistrat vorbereitet.

Lieber Viernheimerinnen und Viernheimer,

wir möchten Sie mit der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf dem Apostelplatz, besonders aber im persönlichen Gespräch für die ehrenamtliche Kommunalpolitik interessieren. Wir werben dafür, sich mit unserer Arbeit auseinanderzusetzen und vielleicht auch selbst als Mitglied von Stadtverordnetenversammlung oder Magistrat die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten.

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Bebauungsplan Nr. 217-4 „Westliche Heidelberger Straße“ 4. Änderung
Hier: Aufstellungsbeschluss
2. Richtlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Viernheim
3. Honoraranpassung für die Kursleitungen der vhs Viernheim
4. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
Verkehrsberuhigung „Am Königsacker“
5. Antrag der SPD-Fraktion:
Verbesserung digitaler Dienstleistungen
6. Antrag der UBV-Fraktion:
Berichterstattung über bedeutende Projekte
- (neu) 7. Antrag der WGV-Fraktion:
Bannholzgraben II: Aufnahme Variante 3a in der Prüfung (TOP 6)

1. Bebauungsplan Nr. 217-4 „Westliche Heidelberger Straße“ 4. Änderung Hier: Aufstellungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 27.08.2018

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Häfele berichtete, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag ohne Aussprache einstimmig gefolgt sei und der Stadtverordneten-Versammlung empfehle, ebenfalls so zu entscheiden.

Beschluss:

1. Hiermit wird beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 217-4 „Westliche Heidelberger Straße“ 4. Änderung aufzustellen und die Festsetzungen des ursprüngliche Bebauungsplanes Nr. 217, einschließlich seiner 1. und 3. Änderung in diesem Teilbereich zu ändern.

Das Plangebiet befindet sich im südlichen Stadtgebiet Viernheims und umfasst Flächen zwischen der OEG Bahnlinie im Norden und der Heidelberger Straße im Süden mit einer Fläche von ca. 1,2 ha. Zum Geltungsbereich gehören die Flurstücke Nr. 27/5, 79/6, 80/1 und 80/2 in der Flur 5. Er ist im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage) dargestellt.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Wifö

2. Richtlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Viernheim

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 17.08.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch erinnerte, dass die Stadtverordneten-Versammlung 2012 das „Konzept zur Beteiligung der Einwohnerschaft Viernheims an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung der Stadt Viernheim“ beschlossen habe. Dieses sei nun überprüft worden. Die überarbeitete Fassung wurde als „Richtlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Viernheim“ von der Steuerungsgruppe Bürgerkommune zum Beschluss empfohlen. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig den Beschluss.

Stv. Atris sagte, dass der IHK-Regionalbeauftragte Martin Proba bei der Übergabe des Zertifikats „Ausgezeichneter Wohnort“ betont habe, dass Viernheim durch seine ehrenamtliche Struktur Pluspunkte erhalten habe. In der Steuerungsgruppe Bürgerkommune arbeiten Politik, Verwaltung und Bürger zusammen. Die Steuerungsgruppe koordiniere außerdem den aktuell laufenden Monat des Ehrenamts und aus ihr kam auch die Idee, dass sich die Stadtverordneten-Versammlung den Bürgern in der Innenstadt präsentieren könne.

Stve. Zöller-Helbig sagte, dass die Steuerungsgruppe Bürgerkommune ein außerparteiliches Gremium sei. Sie ermögliche allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance, sich zu beteiligen.

Beschluss:

Die vorgelegten „Richtlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Viernheim“ werden beschlossen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Hauptamt

3. Honoraranpassung für die Kursleitungen der vhs Viernheim

Bezug: Vorlage des KUBUS vom 25.07.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag nach kurzer Aussprache zugestimmt habe.

Für die SPD-Fraktion sagte er, dass die VHS ein wichtiger Bestandteil des örtlichen Bildungswesens sei. Für gute Arbeit benötige man gute Lehrkräfte, sodass eine moderate Anpassung der Honorare angemessen und sinnvoll sei.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt der Honoraranpassung um 1,- € auf somit neu 21,- € pro Unterrichtseinheit (UE 45 Min), mit Wirkung ab 01.01.2019, zu. Fahrtkosten werden nur noch in begründeten Ausnahmefällen erstattet.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: KuBuS/Fb vhs, Kämmereramt

4. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Verkehrsberuhigung „Am Königsacker“

Bezug: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 27.07.2018

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass man eine Zeit lang die Hoffnung hatte, dass ein solcher Antrag nicht notwendig sei. Da die Parkplätze auf der Straße wegfallen und auf den Gehweg verlegt werden, falle ein wichtiges Instrument der Verkehrsberuhigung weg. Durch die steigenden Geschwindigkeiten steige auch der Lärm. Wenn man eine Verkehrsberuhigung erreichen wolle, reiche es nicht, Tempo 30 – Schilder aufzustellen, sondern es brauche bauliche Veränderungen. Er schätzte die Kosten für die Umsetzung des Antrages auf mindestens 15.000 €. Wenn der „geradeso-Mehrheitsbeschluss“ zur Verlegung der Parkplätze umgesetzt werden solle, fallen diese Kosten mindestens auch an.

Stv. Schäfer sagte, dass es einen Beschluss gebe, den man auch umsetzen solle. Die Intention des Antrages finde er allerdings sinnvoll. Deshalb schlug er vor, den Antrag als Prüfauftrag zu formulieren oder in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Stv. Benz gab zu bedenken, dass die derzeitigen Parkplätze beim Aussteigen auf der Beifahrerseite gefährlich seien. Sich bei der Verkehrsberuhigung auf die Apotheke zu beschränken, hielt er für verfehlt, da es um die Schule gehe. Dem vorliegen-

den Antrag werde man nicht zustimmen. Er befürwortete die Idee eines Prüfauftrages.

Stv. Bastian Kempf sagte, dass auch knappe Mehrheiten Mehrheiten seien. Man habe hier nicht wie angedeutet aus Trotz entschieden, sondern jeder Stadtverordnete habe sich dies gut überlegt. Einem Verweis in den Fachausschuss könne man zustimmen. Aber egal wie die Abstimmung ausgehe, die getroffene Entscheidung müsse umgesetzt werden. Es könne nicht sein, dass im März eine Entscheidung getroffen wurde und im August noch nicht einmal eine Kostenschätzung vorliege.

Ehrenstv. Winkenbach zeigte sich erfreut, dass die Botschaft des Antrages nach Verkehrsberuhigung angekommen sei. Er stimmte zu, dass eine Beratung im Ausschuss Sinn mache. Er habe großes Verständnis für die Verwaltung, dass dieser unsinnige Beschluss aus dem März keine hohe Priorität genieße.

Stv. Ergler sagte, dass er als Vater diesen Bereich regelmäßig begutachte. Wenn auf den Parkplätzen ein großes Auto stehe, sei es für Kinder und Fahrradfahrer sehr gefährlich. Man sollte nicht abwarten, bis der erste Unfall passiere.

Stv. Kammer meinte, dass einige Grundannahmen der Grünen falsch seien, beispielsweise der Vorwurf, dass sich nicht an ein Verkehrsschild gehalten werde oder dass eine Verkehrsberuhigung der Schule nutze, da eine Verkehrsberuhigung in der Regel dazu beitrage, dass davor und danach schnell gefahren werde. Eine Beratung des ganzen Königsackers im Ausschuss könne er zustimmen.

Zuletzt meldete sich **Stv. Ralf Kempf** zu Wort. Er stimmte zu, dass es sich um eine Gefahrenstelle handle und schlug daher eine stationäre Radarkontrolle vor.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, Ordnungsamt

5. Antrag der SPD-Fraktion: Verbesserung digitaler Dienstleistungen

Bezug: Antrag der SPD-Fraktion vom 31.08.2018

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Hanf erklärte zunächst das Ziel des Antrags, sich für digitale Dienstleistungen in der Stadtverwaltung einzusetzen, damit diese effizienter und technologisch fortschrittlicher werde. Einige Dinge wie das Beantragen von Geburtsurkunden, das Bürgerinformationssystem, die Onleihe und den Mängelmelder seien bereits heute möglich. Weitere Vorteile seien, dass die Online-Services rund um die Uhr und räumlich nicht gebunden genutzt werden können. Dies bedeute Vorteile für viele Bürgerinnen und Bürger, die wegen Arbeit, Handicap oder weit von der Innenstadt entferntem Wohnort Probleme haben, den Service im Rathaus in Anspruch zu nehmen. Natürlich sollen die Angebote weiterhin auch analog angeboten werden.

Stv. Kruhmann pflichtet dem Gesagten bei. Es gebe ein gewaltiges Potential, um Kosten zu sparen, Fehler zu vermeiden usw. Konkrete Ideen seien z.B. der Bezeichnungprozess für Jugendfreizeiten und Zeltlager. Hier habe es in der Vergangenheit Probleme gegeben, da zwei Anträge nicht auffindbar waren. Bei einem Online-Prozess könnte eine automatische Empfangsbestätigung verschickt werden, wel-

che solche Probleme zukünftig vermeide. Zudem könnte auch der Anmeldeprozess für den Weihnachtsmarkt digitalisiert werden, um einen Medienbruch zu vermeiden. Natürlich solle es weiterhin die Möglichkeit geben, analog zu arbeiten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die digitalen Dienstleistungen der Stadtverwaltung weiter auszubauen. Ziel soll eine Ablauforganisation sein, die ohne sogenannte "Medienbrüche" auskommt. Im 1. Quartal 2019 soll dem zuständigen Ausschuss dazu ein Zwischenbericht gegeben werden.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Haupt- und Rechtsamt

6. Antrag der UBV-Fraktion:
Berichterstattung über bedeutende Projekte

Bezug: Antrag der UBV-Fraktion vom 03.09.2018

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Benz erinnerte, dass bereits vor einigen Monaten ein ähnlicher Antrag gestellt wurde und nannte als Grund der Antragsstellung erhebliche Kostensteigerungen wie bei dem Umbau der Post oder dem Wasserspiel. Er hoffte, in Zukunft früher über Verzögerungen sowie Kostensteigerungen informiert zu werden.

Stv. Wohlfahrt sah in dem Antrag den Vorwurf an die Verwaltung, dass Informationen vorenthalten werden. Er meinte, dass das nicht der Realität entspreche, da in den Sitzungsunterlagen alle Informationen gesammelt seien und es viele Möglichkeiten gebe, an weitere Informationen zu gelangen. Er sehe für die Verwaltung eine Mehrarbeit ohne politischen Nutzen, wie bei dem Transparenzbericht.

Stv. Ergler widersprach Stv. Wohlfahrt im Hinblick auf die Sitzungsunterlagen. In der Vergangenheit habe man während der Projekte wenige bzw. gar keine Informationen erhalten. Er fand deshalb diesen Antrag berechtigt. Die Stadtverordneten seien ehrenamtlich tätig und somit sehe er es nicht als seine Aufgabe an, Informationen zu besorgen.

Stv. Winkenbach fand auch, dass die Transparenz gegeben sein müsse, jedoch bezweifelte er, dass ein Bericht etwas an den Kostensteigerungen beim Post-Umbau oder beim Wasserspiel geändert hätte. Kostensteigerungen seien zurzeit üblich. Die Grünen werden daher dem Antrag nicht zustimmen.

Stv. Kammer verlangte frühzeitige Informationen seitens der Verwaltung und unterstützte den gestellten Antrag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt in regelmäßigen Abständen, mindestens aber bei Eintritt wesentlicher Änderungen der nachfolgend aufgeführten Parameter, über den aktuellen Stand bedeutender Projekte zu berichten (Soll-Ist).

Die Berichterstattung soll in den entsprechenden Ausschüssen erfolgen. Hierzu ist ein Formblatt zu benutzen, mit regelmäßiger Aktualisierung. Die Berichterstattung sollte folgende Punkte abdecken:

- Terminablauf

- Kostenentwicklung
- Maßnahmen zur Planerreicherung, bei Abweichungen.

Für den Bericht Intervall schlagen wir 3 Monate vor.

Die Auswahl der Projekte soll in den Ausschüssen erfolgen.

Weiterhin können die Ausschüsse selbständig entscheiden, ob und wenn ja, über welche Projekte in der darauf folgenden Sitzung in jedem Fall zu berichten ist.

Abstimmung: 22 Ja-Stimme(n), 16 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Bürgermeister, 1. Stadtrat, Hauptamt

(neu) 7. Antrag der WGV-Fraktion:

Bannholzgraben II: Aufnahme Variante 3 a in der Prüfung (TOP 6)

Bezug: Antrag der WGV-Fraktion vom 14.09.2018

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Ralf Kempf dankte zuerst den Fraktionen, dass durch deren Zustimmung der Antrag auf die Tagesordnung genommen werden konnte. Er sagte, dass die Variante 3 a mit mehr als 300 Unterschriften unterstützt wurde und daher auch mitgeprüft werden sollte.

Stv. Bastian Kempf erinnerte daran, dass die Kreisverwaltung bei dem Ortstermin meinte, dass die Variante 3 a nicht präferiert werde. Er sei dafür, alle drei Varianten zu prüfen und eine schriftliche Auskunft zu haben, weshalb man dem Antrag zustimmen werde.

Stv. Schäfer fragte nach dem konkreten Beschlusstext. Der Intention könne man folgen.

Stadtverordneten-Vorsteher Schübeler formulierte folgenden Beschlusstext:

Der Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung zu TOP 6 „Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ und 24. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren; Vergleichende Diskussion der möglichen Erschließungsvarianten (Zusammenstellung) und Beschlussfassung als Grundlage für die Ausarbeitung des Entwurfes“ aus der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 17.08.2018 wird in Ziffer 3 wie folgt geändert:

*3. Für die naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung wird die Verwaltung beauftragt, eine vergleichende Untersuchung der Varianten 2 a (Betonweg zum Alten Weinheimer Weg), Variante 3 (Feldweg rückwärtig am Quartier mit direkter Anbindung an den Wiesenweg) **und Variante 3 a** durchzuführen.*

Stv. Benz sagte, dass das Problem die Erschließung des Neubaugebiets sei. Die Variante 3 a sei die angenehmste für alle, die jetzt im Bannholzgraben wohnen. Deshalb sollte diese Variante nochmal geprüft und nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Stv. Winkenbach sichert ebenfalls die Zustimmung zur Prüfung der drei Varianten zu.

Als letzter Redner äußerte sich **Stv. Kammer** und lobte das Engagement der Bürger, die die Variante 3 a vorgeschlagen haben.

Beschluss:

Der Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung zu TOP 6 „Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ und 24. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren; Vergleichende Diskussion der möglichen Erschließungsvarianten (Zusammenstellung) und Beschlussfassung als Grundlage für die Ausarbeitung des Entwurfes“ aus der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 17.08.2018 wird in Ziffer 3 wie folgt geändert:

3. Für die naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung wird die Verwaltung beauftragt, eine vergleichende Untersuchung der Varianten 2 a (Betonweg zum Alten Weinheimer Weg), Variante 3 (Feldweg rückwärtig am Quartier mit direkter Anbindung an den Wiesenweg) **und Variante 3 a** durchzuführen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 38 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU

ENDE DER SITZUNG: 20:00 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

Norbert Schübeler

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

Philipp Haas

F.d.R.d.A.

Amtmann

INHALTSVERZEICHNIS

1. Bebauungsplan Nr. 217-4 „Westliche Heidelberger Straße“ 4. Änderung
Hier: Aufstellungsbeschluss
2. Richtlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Viernheim
3. Honoraranpassung für die Kursleitungen der vhs Viernheim
4. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
Verkehrsberuhigung „Am Königsacker“
5. Antrag der SPD-Fraktion:
Verbesserung digitaler Dienstleistungen
6. Antrag der UBV-Fraktion:
Berichterstattung über bedeutende Projekte
- (neu) 7. Antrag der WGV-Fraktion:
Bannholzgraben II: Aufnahme Variante 3a in der Prüfung (TOP 6)